

Bürger wollen notfalls vor Gericht ziehen

Protest gegen die Kiesabbau-Erweiterung nach Buschhoven



■ Mit ihrem Protest möchten der Heimat- und Verschönerungsverein sowie der Landschaftsschutzverein Kottenforst eine weitere Nass-Auskiesung und Zerstörung der Naherholungslandschaft verhindern.

FOTO: PETER ADOLF

Swisttal-Buschhoven (Ad). Unter dem Motto „Stoppt die Kieserweiterung! Buschhoven darf keine Grubenrand-Siedlung werden“ startete der Landschaftsschutzverein Kottenforst (LSK) mit Unterstützung des Heimat- und Verschönerungsvereins Buschhoven jetzt eine neue Protestaktion gegen die von der Kölner Bezirksregierung nach wie vor geplante Erweiterung der Flerzheimer Kiesgrube bis auf 500 Meter an den Ortsrand von Buschhoven. Über 150 Bürgerinnen und Bürger, darunter auch die Kreistagsabge-

ordneten Brigitte Donie (CDU) und Karlheinz Lamberty, nahmen an dem Quarzkies-Spaziergang vom Toniusplatz zur Flerzheimer Kiesgrube teil.

Die beiden Vorsitzenden Renate Wolbring (Heimat- und Verschönerungsverein) sowie Thomas Klodt (LSK) betonten: „Wir müssen unser schönes Dorf-Umfeld und den historischen Kottenforst mit seiner Vielfalt an Pflanzen und Tieren und zahlreichen Wanderwegen erhalten“.

Am Grubenrand der Flerzheimer Kiesgrube zählte Gerd Pflaumer vom LSK noch ein-

mal die wichtigsten Einwände gegen jegliche Erweiterung auf und setzte seine Hoffnungen vor allem auf die durch mehrere Gutachten nachgewiesene, aber von der Bezirksregierung bisher kaum gewürdigte Gefährdung des Grundwassers und damit auch des Trinkwassers, das aus dem Heimerzheimer Tiefbrunnen des Wasser- und Entsorgungsverbands Euskirchen-Swisttal nach Buschhoven kommt. Er warf der Bezirksregierung, die sich ausschließlich unter Berufung auf den Naturschutz gegen die Erweiterung bei Weilerswist sperre, eine einseitige Abwägung zugunsten des Naturschutzes und zulasten der Menschen – hier vor allem ihrer Gesundheit – vor.

Voraussichtlich noch in diesem Jahr will der Regionalrat bei der Bezirksregierung Köln sein Votum zur weiteren Nass-Auskiesung bekannt geben. Klodt: „Die Bedrohung ist sehr groß. Wir müssen kämpfen und die Geschlossenheit der Bevölkerung in der Ablehnung dieser Pläne deutlich machen“. Unter dem Beifall der Teilnehmer betonte Gerd Pflaumer: „Wir werden letztlich auch nicht zögern, vor Gericht zu ziehen. Für uns gibt es nur eine Null-Lösung“.